

## EINFÜHRUNG IN DAS CHINESISCHE WIRTSCHAFTSRECHT

Dauer: 60 Minuten

1. Welches ist keine Reformmassnahme, welche in den ersten Jahren nach dem Tode Mao Zedongs eingeführt wurden?
  - a) Die Öffnungspolitik, welche ausländische Investitionen in China zulies;
  - b) Programm der vier Modernisierungen;
  - c) **Grosser Sprung vorwärts;**
  - d) Reform der Staatsbetriebe.
  
2. Welcher Zweck verfolgte Deng Xiaoping mit seinen Reden auf seiner Reise nach Süden („Southern Journey Speeches“)?
  - a) Friedliche Beilegung der Studentenproteste auf dem Tiananmen-Platz in Beijing im Jahre 1989;
  - b) **Vorbehaltlose Rehabilitierung der sozialistischen Marktwirtschaft;**
  - c) Schliessung der Pudong New Area;
  - d) Wiedereinführung von demokratischen Wahlen der Mitglieder des Nationalen Volkskongresses.
  
3. Was trifft für Hong Kong unter dem Begriff „one country two systems“ („ein Land zwei Systeme“) nicht zu?
  - a) Hong Kong führt seit seiner Rückgabe an die Volksrepublik China das eigene Rechtssystem weiter;
  - b) Hong Kong führt seit seiner Rückgabe an die Volksrepublik China das eigene Wirtschaftssystem weiter;
  - c) Hong Kong verfügt über einen eigene höchsten Gerichtshof;
  - d) **Hong Kong ist selbst zuständig für seine militärische Verteidigung im Kriegsfall.**

4. Was regelt das zwischen der Volksrepublik China und Hong Kong abgeschlossene Closer Economic Partnership Arrangement?
- a) Liberalisierung des Handels mit Waren und Dienstleistungen zwischen Festland China und Hong Kong;
  - b) Liberalisierung der steuerlichen Behandlung von Investitionsprojekten in Festland China, deren Investoren Sitz in Hong Kong haben;
  - c) Zusammenarbeit zwischen Festland China und Hong Kong im Bereich der Forschung;
  - d) Die Regelung des Transportverkehrs über die Grenze zwischen Hong Kong und Festland China.
5. Was ist unter „rule by law“ versus „rule of law“ zu verstehen?
- a) China hat keine Gesetze erlassen;
  - b) Die Gesetze werden in der Volksrepublik China direkt von der kommunistischen Partei verabschiedet;
  - c) China hat zu viele Gesetze erlassen, die zu einer Überregulierung und einer übermäßigen Auslastung der Gerichte führten;
  - d) Ein „rule by law“-System verwendet das Recht als Instrument des Staates, ein „rule of law“-System entspricht einem rechtsstaatlichen System nach westlichem Verständnis.
6. Welche der folgenden Aussagen ist zutreffend, wenn es sich beim Investitionsvehikel um ein „Wholly Foreign-owned Enterprise“ handelt?
- a) Wholly Foreign-owned Enterprises sind auf Konsens ausgerichtete Investitionsvehikel;
  - b) Die Beschlussfassung kann durch Sperrminderheiten beeinträchtigt werden;
  - c) Betreffend Entscheidmechanismus ist es das flexibelste Investitionsvehikel;
  - d) Im Vergleich mit anderen Investitionsvehikeln werden Immaterialgüterrechte im Rahmen eines Wholly Foreign-owned Enterprise am schlechtesten geschützt.

7. Die Gesellschaft A mit Sitz in Hong Kong gründet zusammen mit der Gesellschaft B mit Sitz in Singapore die Gesellschaft C mit Sitz in Hong Kong. Die Gesellschaft C hält 100% am Kapital der Gesellschaft D mit Sitz in Shanghai. Welche der folgenden Definitionen trifft für die Gesellschaft D zu?
- a) Hybrid co-operative Joint Venture;
  - b) Wholly Foreign-owned Enterprise;
  - c) Equity Joint Venture;
  - d) Co-operative Joint Venture.
8. Welche Aussage ist zutreffend, wenn es sich beim Investitionsvehikel um ein „Equity Joint Venture“ handelt?
- a) Equity Joint Venture sind auf Konsens ausgerichtete Investitionsformen;
  - b) Die Beschlussfassung kann durch Sperrminderheiten nicht beeinträchtigt werden;
  - c) Gemäss den gesetzlichen Bestimmungen müssen sämtliche Entscheidungen von den Parteien einstimmig beschlossen werden;
  - d) Es kann nur dann gegründet werden, wenn als Investitionsvehikel eine Gesellschaft in Hong Kong verwendet wird.
9. Bei welcher der folgenden Kategorien handelt es sich nicht um eine Kategorie gemäss dem chinesischen Investitionskatalog (Foreign Investment Guidance Catalogue)?
- a) gefördert (encouraged);
  - b) eingeschränkt (restricted);
  - c) bevorzugt (preferred);
  - d) erlaubt (permitted).
10. China versucht, mit verschiedenen Massnahmen im Rahmen des letzten und des laufenden Fünfjahres-Planes Investitionen aus dem Ausland in bestimmte Bereiche zu lenken. Welcher der folgenden Bereiche gehört nicht dazu?
- a) Wegen den aufgebauten Überkapazitäten in China, Projekte die grosse Mengen an Ressourcen verbrauchen;
  - b) Investitionen in den zentralen und westlichen Landesteilen;
  - c) High-tech, neue und angepasste Technologie;
  - d) Energie und Rohmaterial sparende Projekte.

11. Welche der folgenden Konsequenzen hatte die Einführung des Systems der Registrierung von Unternehmen im Vergleich zur bisher notwendigen Genehmigung im Herbst 2016?
- a) Alle ausländisch investierten Unternehmen (FIE) müssen sich nur noch registrieren, benötigen aber keine Genehmigung durch das Handelsministerium mehr;
  - b) Diejenigen ausländisch investierten Unternehmen (FIE), deren Geschäftstätigkeit nicht auf der Negativliste erfasst ist, müssen sich nur noch registrieren, benötigen aber nicht mehr länger einer Genehmigung durch das Handelsministerium;
  - c) Neu ist seit Herbst 2016 für alle ausländisch investierten Unternehmen (FIE) die Genehmigung durch das Handelsministerium notwendig;
  - d) Die Negativliste ermächtigt die lokalen Behörden, die Gründung von ausländisch investierten Unternehmen von Fall zu Fall der Genehmigung des Handelsministeriums zu unterstellen.
12. In welchem der folgenden Fälle können die Parteien schweizerisches Recht als das auf den Vertrag anwendbare Recht vereinbaren (in allen Fällen ist von der Annahme auszugehen, dass es sich bei den Parteien um eine Gesellschaft mit Sitz in Hong Kong einerseits und um eine chinesische Gesellschaft mit Sitz in Shanghai andererseits handelt)?
- a) Ein Equity Joint Venture Agreement;
  - b) Ein Vertrag betreffend den Verkauf der Beteiligung am Joint Venture von der Gesellschaft mit Sitz in Hong Kong an die chinesische Gesellschaft mit Sitz in Shanghai;
  - c) Ein Co-operative Joint Venture Agreement;
  - d) Ein Vertrag, wonach die Gesellschaft mit Sitz in Hong Kong Nüsse zur Herstellung von Schokolade an die Gesellschaft mit Sitz in Shanghai liefert.
13. Was bedeutet die "One Belt, One Road Initiative"?
- a) Das vom chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping lancierte Projekt bündelt ab 2013 die chinesischen Ziele zum Aufbau eines interkontinentalen Infrastruktur-Netzes zwischen Europe, Afrika, Asien und China;
  - b) Es beschreibt das im Jahre 1993 lancierte Projekt, wonach von der Shanghai Pudong New Area ausgehend die Entwicklung Chinas in den Westen vorangetrieben werden sollte;
  - c) Das neue Freihandelsabkommen, welches die Volksrepublik China und die USA gegenwärtig abschliessen wollen;
  - d) Es bezeichnet die Küstenstädte, welche die Volksrepublik China im Rahmen ihrer Öffnungspolitik für Investitionen aus dem Ausland geöffnet hat.

14. Wie wird die im Oktober 2016 im Zusammenhang mit dem Registrierungsverfahren für ausländisch investierte Unternehmen (FIE) erlassene Negativliste definiert?
- a) Separate Negativliste, welche keinen Bezug nimmt zum Investitionskatalog (Foreign Investment Guidance Catalogue);
  - b) Gemäss Investitionskatalog (Foreign Investment Guidance Catalogue) eingeschränkte Kategorie sowie geförderte Kategorie, wenn diese ein Joint Venture mit einem chinesischen Partner oder chinesisches Management erfordert;
  - c) Die Behörden entscheiden von Fall zu Fall, ob eine Genehmigung des Handelsministeriums erforderlich ist;
  - d) Gemäss Investitionskatalog (Foreign Investment Guidance Catalogue) erlaubte Kategorie.
15. Welche der folgenden rechtlichen Präventivmassnahmen ist die geeignetste, um die Marke eines Schweizer Unternehmens in China zu schützen?
- a) Registrierung der Marke in ihrer ursprünglichen Sprache in China;
  - b) Registrierung der Marke in chinesischen Schriftzeichen in China;
  - c) Registrierung der Marke in ihrer ursprünglichen Sprache sowie zusätzlich in chinesischen Schriftzeichen in China;
  - d) Abschluss einer Vertraulichkeitsvereinbarung mit dem chinesischen Vertragspartner.
16. **Welches war für Ausländer eine der bisher einschneidendsten Neuerungen im Zusammenhang mit dem Erlass des chinesischen Wettbewerbsrechts?**
- a) Es wurde zum ersten Mal in China eine Regulierung erlassen, wonach Übernahmen eine Genehmigung der Wettbewerbsbehörde benötigen;
  - b) Das neue Wettbewerbsgesetz beruht nicht auf europäischen und US-amerikanischen Grundsätzen;
  - c) Ausländische Unternehmen dürfen nur noch Minderheitsanteile an chinesischen Unternehmen erwerben;
  - d) Wenn die Schwellenwerte erreicht werden, benötigen auch Fusionen zwischen US-amerikanischen und europäischen Unternehmen der Genehmigung durch die chinesische Wettbewerbsbehörde.

17. Welche der nachfolgenden Aussagen trifft im Zusammenhang mit einem Hybrid Co-operative Joint Venture nicht zu?
- a) Es ist eine auf Konsens ausgerichtete Investitionsform;
  - b) Die Beteiligung am Gewinn und Liquidationsergebnis erfolgt zwingend gemäss der Kapitalbeteiligung;
  - c) Die Haftung wird aus gesellschaftsrechtlicher Sicht auf die Kapitalbeteiligung beschränkt;
  - d) Es wird mindestens ein lokaler chinesischer Partner benötigt.
18. Welche der folgenden Aussagen trifft im bilateralen Verhältnis Schweiz-Hong Kong zu?
- a) Die Schweiz und Hong Kong haben ein Abkommen über die Vollstreckung und Anerkennung gerichtlicher Entscheidungen abgeschlossen;
  - b) Die Schweiz und Hong Kong haben ein Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen;
  - c) Die Schweiz und Hong Kong haben kein Freihandelsabkommen abgeschlossen;
  - d) Die Schweiz und China haben kein revidiertes Investitionsschutzabkommen abgeschlossen.
19. Welche wesentliche Änderung hatte die Revision des chinesischen Markengesetzes im Jahre 2014 zur Folge?
- a) Es können nicht nur Marken in chinesischen Zeichen, sondern auch in ausländischer Sprache registriert werden;
  - b) Vor dem Hintergrund des Kreierens von berühmten chinesischen Marken wird das Prioritätsrecht von berühmten ausländischen Marken eingeschränkt;
  - c) Das strikte „First-to-File-System“ wurde dahingehend abgeschwächt, dass die Eintragung und Nutzung einer Marke dem Prinzip von Treu und Glauben zu folgen hat, ansonsten kein Prioritätsrecht geltend gemacht werden kann;
  - d) Von Ausländern zur Registrierung angemeldete Marken erhalten gegenüber lokalen Anmeldern den Vorrang.

20. Wenn ein ausländischer Investor durch seine Mehrheitsbeteiligung sämtliche zu treffenden Entscheide im Joint Venture bestimmen möchte, welche Investitionsform ist zu empfehlen?
- a) Hybrid Co-operative Joint Venture in Form einer GmbH mit 80% Kapitalbeteiligung;
  - b) Equity Joint Venture in Form einer GmbH mit 80% Kapitalbeteiligung;
  - c) Equity Joint Venture in Form einer Aktiengesellschaft mit 80% Kapitalbeteiligung;
  - d) Equity Joint Venture in Form einer Aktiengesellschaft mit 60% Kapitalbeteiligung.
21. Was bedeutet im Zusammenhang mit dem chinesischen Investitionsrecht zweigeteiltes Rechtssystem (Bifurcated Legal System)?
- a) Es finden andere gesetzliche Bestimmungen Anwendung für Investoren mit Sitz im Ausland und Investoren mit Sitz in Hong Kong;
  - b) Für Investitionen aus dem Ausland sind im Vergleich zu lokalen chinesischen Investoren zusätzliche Gesetze und Regulierungen zu beachten, welche für lokale chinesische Investoren nicht gelten;
  - c) Im Vergleich zu Investoren aus dem Ausland, welche eine Tochtergesellschaft in China direkt halten, finden andere gesetzliche Bestimmungen Anwendung für Investoren, welche für ihre Investition eine Holding-Gesellschaft mit Sitz in Hong Kong verwenden;
  - d) Der Begriff bezieht sich auf die Meinung von Investoren, dass im Vergleich zum Ausland die Rechtsdurchsetzung in China schwieriger sein kann.
22. Welche der nachfolgenden Formen kann nicht als juristische Person errichtet werden?
- a) Equity Joint Venture;
  - b) Hybrides Co-operative Joint Venture;
  - c) Aktiengesellschaft;
  - d) Representative Office.

23. In welchem der folgenden Fälle ist ein Schiedsgericht mit Sitz in Singapore zuständig?
- a) Eine russische Gesellschaft und eine chinesische Gesellschaft vereinbaren in ihrem Joint Venture Vertrag, dass die Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Joint Venture Vertrag durch ein Schiedsgericht mit Sitz in Zürich unter den Swiss Rules zu entscheiden sind;
  - b) Eine Gesellschaft mit Sitz in Shanghai, deren Muttergesellschaft Sitz in Singapore hat, schliesst mit einer Gesellschaft mit Sitz in Beijing, deren Muttergesellschaft ebenfalls Sitz in Singapore hat, einen Liefervertrag, in dem vereinbart wird, dass sämtliche Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Liefervertrag durch ein Schiedsgericht mit Sitz in Singapore unter den Rules des Singapore International Arbitration Centre zu entscheiden sind;
  - c) Eine chinesische Gesellschaft schliesst mit einer schweizerischen Gesellschaft einen Joint Venture Vertrag ab, in welchem festgehalten ist, dass alle Streitigkeiten durch die ordentlichen Gerichte in Singapore zu entscheiden sind;
  - d) Eine italienische Gesellschaft schliesst mit einer chinesischen Gesellschaft einen Joint Venture Vertrag ab, in welchem festgehalten ist, dass alle Streitigkeiten durch ein Schiedsgericht mit Sitz in Singapore unter den Rules des Singapore International Arbitration Centre zu entscheiden sind.
24. Wenn der Entwurf des neuen Investitionsgesetzes in Kraft tritt, würde sich die Gesetzgebung betreffend Equity Joint Ventures, Co-operative Joint Ventures und Wholly Foreign-owned Enterprises wesentlich ändern. Welche der nachfolgenden Änderung wird nicht eingeführt:
- a) Investitionen aus dem Ausland müssen nicht mehr die Voraussetzungen des Foreign Investment Guidance Catalogue, bzw. der Negativ-Liste Liste erfüllen;
  - b) Das neue Investitionsgesetz sieht ein nationales Sicherheitsprüfungsverfahren vor;
  - c) Das Gesellschaftsrecht findet weiterhin Anwendung auf Investitionen aus dem Ausland;
  - d) Bestehende ausländisch investierte Unternehmen (FIE) müssen sich innert drei Jahren seit Inkrafttreten des Gesetzes an das neue Gesetz anpassen.
25. Welches ist kein im chinesischen Vertragsgesetz (Uniform Contract Law) enthaltener Grundsatz?
- a) Gleichberechtigung und gegenseitiges Einverständnis;
  - b) Treu und Glauben;
  - c) Verträge zwischen ausländischen und chinesischer Vertragspartner bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung des Handelsministeriums (MOFCOM);
  - d) Vertraulichkeit.



26. In welchem der folgenden Fälle erfolgt die Kündigung des Arbeitsverhältnisses nicht in Verletzung des chinesischen Arbeitsvertragsgesetzes?
- a) Der Arbeitnehmer kündigt den Arbeitsvertrag nach Ablauf der Probezeit unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 30 Tagen ohne Grund;
  - b) Der Arbeitgeber kündigt den Arbeitsvertrag nach Ablauf der Probezeit unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 30 Tagen ohne Grund;
  - c) Der Arbeitnehmer kündigt den Arbeitsvertrag nach Ablauf der Probezeit mit sofortiger Wirkung ohne Grund;
  - d) Der Arbeitgeber kündigt den Arbeitsvertrag während der Probezeit mit sofortiger Wirkung ohne Grund, obwohl der Arbeitnehmer seine Aufgaben erfüllt.
27. Weshalb wurden im Fall Kweichow Moutai Co und Wuliangye Group Bussen von insgesamt RMB 449 Mio durch die zuständige Behörde ausgesprochen?
- a) Als Folge der nicht erteilten Genehmigung betreffend Fusion der beiden Unternehmen durch die chinesische Wettbewerbsbehörde;
  - b) Wegen Fixierung von Mindestpreisen mit den Distributoren und Konventionalstrafen für Nichteinhalten der Mindestpreise;
  - c) Die beiden Unternehmen vereinbarten, nur noch von zwei bestimmten Lieferanten Rohstoffe zu beziehen;
  - d) Im Rahmen der Antikorruptionskampagne wurden die beiden Unternehmen einer allgemeinen Sanktion unterzogen.
28. Welches war das Hauptproblem im Streitfall zwischen der Wahaha Gruppe und Danone?
- a) Der Joint Venture Vertrag beinhaltete keine Schiedsgerichtsklausel;
  - b) Die Übertragung der Wahaha-Marke wurde nicht in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen vorgenommen;
  - c) Der Vertrieb der Produkte der Danone-Gruppe wurde in China verboten;
  - d) Die Parteien konnten sich schliesslich nicht auf einen Vergleich einigen.

29. Weshalb wurde im Fall Tetra Pak durch die chinesische Behörde eine Busse von US\$ 97 Mio. verhängt?
- a) Die Zulieferer wurden zu unter Marktpreisen liegenden Konditionen verpflichtet;
  - b) Tetra Pak weigerte sich, ihre Produkte überhaupt nach China zu liefern;
  - c) Tetra Pak vereinbarte mit Konkurrenten Mindestabnahmepreise;
  - d) Missbrauch beherrschender Stellung im Markt von Verpackungsmaterial für Getränke zwischen 2009 und 2013 durch zwingende Paketangebote, welche Verpackungsmaterial und Technologie umfassten.
30. Die „One Road, One Belt Initiative“ umfasst verschiedene Ziele. Welche gehören nicht dazu:
- a) Freier Handel;
  - b) Kultureller Austausch;
  - c) Finanzierung ausschliesslich durch die Länder, in welchen die Investitionen vorgenommen werden sollen;
  - d) Technische Koordination.
31. Was gehört nicht zu den von ausländischen Investoren festgestellten Schwierigkeiten bei der Gründung von ausländisch investierten Unternehmen (FIE) in China?
- a) Rechtsunsicherheit, wie zum Beispiel bei Ablauf der Dauer der Geschäftslizenzen für ausländisch investierte Unternehmen (FIE);
  - b) Offenlegung von Immaterialgüterrechten im Rahmen der Zulassung von Produkten auf dem chinesischen Markt;
  - c) Auswahl an Investitionsmöglichkeiten in China;
  - d) Meinungsverschiedenheiten mit den chinesischen Joint Venture Partnern.

- 32.** Wozu werden von ausländischen Investoren sogenannte „Variable Equity Interest-Strukturen“ verwendet?
- a) Es handelt sich um besondere Bestimmungen in den Statuten von Joint Venture-Gesellschaften, welche eine laufende Anpassung der Höhe der Verzinsung der Beteiligung der Parteien am registrierten Kapital erlauben;
  - b) Durch besondere vertragliche Abreden und Strukturierung der Investitionen wird es ausländischen Investoren ermöglicht, die Kontrolle über Unternehmen in Industriebereichen zu erlangen, in denen eine ausländische Kontrolle nicht zulässig ist;
  - c) Es handelt sich um Strukturen zur Umgehung der Fusionskontrolle unter dem Wettbewerbsgesetz;
  - d) Auf Grundlage des Closer Economic Partnership Arrangement (CEPA) gegründete Gesellschaften mit Sitz in Hong Kong, welche die Gründung von Wholly Foreign-owned Enterprises in China ermöglichen, welche ohne CEPA-Arrangement in den betreffenden Industriebereichen nicht zulässig wären.
- 33.** In einem Vertrag über die Lieferung von Maschinen durch die Verkäuferin, eine Gesellschaft mit Sitz in Zürich, und der Käuferin, eine Gesellschaft mit Sitz in Shanghai, wurde als ausschliesslicher Gerichtsstand die Zuständigkeit des Handelsgerichts Zürich vereinbart. Weshalb ist diese Gerichtsstandvereinbarung für die Käuferin von Vorteil?
- a) Es gibt keinen Vorteil für die Käuferin, vielmehr hat die Verkäuferin einen Vorteil erlangt, weil ein allfälliger Prozess in ihrem Sitzstaat durchzuführen wäre;
  - b) Es gibt keine Vorteil für die Käuferin, weil der Prozess in der Schweiz für sie mit hohen Kostenfolgen verbunden ist;
  - c) Mangels eines bilateralen Abkommens zwischen der Schweiz und China, bzw. eines multilateralen Abkommens, bei welchem beide Länder Mitglied sind, ist ein Entscheid, welcher zugunsten der Verkäuferin ausfällt, in China nicht vollstreckbar;
  - d) Die Gerichtsstandvereinbarung ist ungültig und es gilt somit der Gerichtsstand am Sitz des Beklagten.
- 34.** Die Gesellschaft A mit Sitz in Hong Kong gründet zusammen mit der Gesellschaft B mit Sitz in Tokyo die Gesellschaft C mit Sitz in Shanghai. Welche der folgenden Definitionen trifft für die Gesellschaft C zu?
- a) Wholly Foreign-owned Enterprise;
  - b) Equity Joint Venture oder hybrid Co-operative Joint Venture;
  - c) True Co-operative Joint Venture;
  - d) State-owned Enterprise.

- 35.** Welches Charakteristika trifft auf das Equity Joint Venture zu?
- a) Die Vertretung der Parteien im Verwaltungsrat richtet sich nicht nach den Kapitalanteilen der Parteien;
  - b) Anteil am Gewinn und Verlust richten sich nicht nach der Kapitalbeteiligung der Parteien, sondern nach der vertraglichen Vereinbarungen der Parteien;
  - c) Es ist ein Investitionsvehikel für die Gründung eines Joint Venture;
  - d) Ausländische Investoren müssen für alle ihre Investitionstätigkeiten ein Joint Venture mit einem lokalen Partner abschliessen.
- 36.** Wie entsteht das Urheberrecht gemäss dem chinesischen Urheberrechtsgesetz?
- a) 30 Tage nach der Schaffung des Werks;
  - b) Mit der Eintragung des Werks im Register;
  - c) Mit der Entstehung des Werks;
  - d) Es gibt kein Urheberrechtsgesetz in China und die Entstehung eines Urheberrechts ist im chinesischen Patentgesetz geregelt.
- 

23.05.2017/Dr. Esther Nägeli